Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Der Kaiser und der König von Ungarn im Salzburger Kirchenstreite 1479—1480. Burgund und Frankreich. Die Reichstage von 1479 und 1480.

Das Jahr 1479 fand die Konflikte jener Zeit, den Kampf des Reiches gegen die neuen Staaten des Ostens und Westens, auf der Tagesordnung: dort galt es Frankreich, gegen das nun durch günstige Fügung Burgund zum Vorkämpfer geworden war, hier Ungarn, wo der Salzburger Handel zu neuen Gewaltthätigkeiten gegen den Kaiser den Anlaß gab. Im Hintergrunde stand die Türkennot, jetzt fast noch größer als je einmal.

Die Verbindung des Erzbischofs Bernhard von Salzburg mit König Matthias von Ungarn stammte schon aus der Zeit, in welcher sich der König bei den deutschen Fürsten um Hilfe im böhmischen Kriege bemühte (1468). Als sich dann der Corvine mit seinen hohen Plänen, die Erlangung der deutschen Krone betreffend, trug, da hatte er gern dem Ansuchen Bernhards entsprochen, während der Händel in Inneröstenrrich (Baumkircherfehde) die dortigen salzburgischen Besitzungen in seinen Schutz zu nehmen, und ein gleiches war 1472 geschehen, als sich, wie erwähnt, ein Teil des österreichischen Adels gegen den Kaiser erhob.[1] Es lag daher sehr nahe, daß der Erzbischof, der wegen seines Wortbruches den schweren Zorn des Kaisers zu fürchten hatte, sich zu Beginn 1479 an den König von Ungarn um Unterstützung wandte, zumal er ja die alte Gegnerschaft des Königs gegen den Kaiser kannte und gewiß auch wußte, wie sehr sein präsumtiver Nachfolger dem Könige zuwider war. In der That nahm der König den Erzbischof „entsprechend ihrem alten Bündnis und Verständnis", wie er selbst sagt, in seinen Schutz.[2]

Nachdem der Kaiser eine Zeit lang zugewartet, ging er gegen Salzburg mit strengen Maßregeln vor. Am 9. März 1479 erließ er ein Ausschreiben an die Bischöfe von Lavant, Seckau, Chiemsee, den Abt von St. Peter in Salzburg sowie die gesamte salzburgische Landschaft, worin er den Hergang der Sache darlegte und schließlich er-

[1] Vgl. F. M. Mayer in dem mehrerwähnten Aufsatze „Über die Abdankung des Erzbischofes Bernhard von Salzburg und den Ausbruch des dritten Krieges zwischen Kaiser Friedrich und König Matthias von Ungarn (1477—1481)." Archiv für österr. Geschichte Band 55 (Wien 1877), 238—240, Beil. Nr. 17 und 18.

[2] Epistol. ad pontifices 133.

mahnte, Bernhard nach seiner Zusage zur Niederlegung seiner Würde zu bewegen und ihm, falls er sich weigere, keinen Beistand zu leisten.[1] Es gelang dem Kaiser, einen Teil der salzburgischen Landschaft, ja auch des Kapitels und vor allem die Hauptstadt Salzburg auf seine Seite zu bringen.[2] Auf seinen Wunsch intervenierte auch Herzog Sigmund von Tirol im Sinne des Grazer Vertrags bei Bernhard,[3] und die Herzöge von Bayern, wo am 17. Januar Ludwig der Reiche von Landshut gestorben war, gaben es wenigstens auf, die Gegner der Abdankung irgendwie weiter zu unterstützen.[4]

Da griff der König von Ungarn ein. Eine Botschaft der österreichischen Stände, welche (Februar—März 1479) die Bitte brachte, sich in der Auszahlung der Schuldsumme von 1477 noch weiterhin zu gedulden, wurde nicht bloß abgewiesen,[5] sondern die Ständeschaft auch sonst hart angelassen. Dabei stand in der langen Reihe von Beschwerden und Klagen des Königs gegen den Kaiser die obenan, daß der Erzbischof von Gran, der doch schon an dem Kriege von 1477 zum guten Teile schuld gewesen sei, nun mit dem Erzbistum Salzburg ausgestattet werden solle, das „dann hat Schlösser und Städte an den Grenzen des Königreiches Ungarn". Er sei, erklärte der König, nicht gemeint, diesem Manne, der ohne Ursache aus Ungarn entflohen sei, der viel Kirchen dort beraubt habe und mit ihm noch nicht versöhnt wäre, als Nachbar zu dulden. Thue der Kaiser dieses dennoch, so „verstehe er es nicht anders", als daß man „seinen Feind dahin setze". Der König mahnte, die Stände möchten den Kaiser gleichfalls bitten, von seinem Vorhaben betreffs des von Gran, solange er mit dem Könige nicht gerichtet wäre, zu lassen.[6] Es war bedeutsam, daß der König schon jetzt die Neigung verriet, die in Innerösterreich gelegenen salzburgischen Städte und Burgen wie einstmals zu besetzen.[7]

Nun konnte ja wohl der Kaiser den Ständen entgegnen: was der

---

[1] Mon. Habsb. I. 3, 7—10. [2] F. M. Mayer im Archiv 55, 189 ff.

[3] Mon. Habsb. I. 3, 9—12; vgl. ebendort 19—20.

[4] F. M. Mayer im Archiv 55 a. a. O.

[5] Man sieht, daß der Kaiser, was ja auch in den Abmachungen von 1477 begründet war, die Zahlung zurückhielt. Die Stände versprachen, 50 000 Gulden jetzt zu Laurenzi (10. August), die anderen zu Martini (11. Nov.) 1479 zu zahlen. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 237.

[6] Die Instruktion für den königlichen Boten, der solchen Bescheid (im März 1479) an die Stände von Österreich brachte, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 236 bis 239.

[7] Ergiebt sich aus des Kaisers Antwort auf die Beschwerden des Königs bei Chmel, a. a. O. 241.

König da vorgebracht habe, betreffe seine Privatstreitigkeiten mit Erzbischof Johann, die ihn, den Kaiser, nichts angingen. Auch habe sich der von Gran genugsam zu Recht erboten. Der König habe sich in das, was er in Sachen des salzburger Erzstiftes, das ohne Mittel zum Reiche gehöre, thue, nicht einzumischen und noch weniger sei es notwendig, daß der König „auf desselben Stiftes Schlösser Fürsorge habe", denn soweit sie „in seiner kaiserlichen Majestät Landen gelegen seien, wisse sie der Kaiser als Herr und Landesfürst wohl vorzusehen, daß dem König noch dem Königreich zu Hungarn kein Schaden daraus beschehe".[1] Mit Worten war hier, auch wenn sie noch so treffend waren, nichts mehr zu richten. Auch konnte es die Sache nur verschlimmern, daß der Kaiser eine ganze Reihe von Punkten namhaft machte, deretwegen er gegen den König zu klagen hätte, und den Ständen befahl, auch das an den König zu bringen. Kein Wunder, daß Heinrich von Lichtenstein, der bisher als Botschafter gedient hatte, sich weigerte, nun wieder nach Ungarn zu gehen.[2] Zur Zeit, als König Matthias den Papst brieflich und dann[3] durch keinen geringeren, als den Kardinalbischof von Erlau, zur Widerrufung seiner früheren Weisungen und zur Sendung des Kardinals Anxias vermochte (April—Mai 1479), schritt der Kaiser zur That, indem er den Seinen befahl, sich der innerhalb der Erblande gelegenen salzburgischen Güter und aller Einkünfte des Erzbischofes zu bemächtigen. Alle Unterthanen Bernhards wurden von ihm abberufen; sie sollten sich dabei um keinerlei Gegengebote von welcher Seite immer kümmern. Da sich Christoph von Seckau an der Seite Erzbischof Bernhards hielt, so widerfuhr ihm rasch ein gleiches.

Diese Maßregeln hatten nicht bloß neue Klagen der Betroffenen und des Königs von Ungarn[4] bei dem Papste zur Folge, sondern brachten die beiden Bischöfe dazu, sich dem Ungarkönige vollends in die Arme zu werfen. Gegen die Verpflichtung des Königs (am 20. Sept. 1479), den Erzbischof gegen die Türken und „andere ungerechte Feinde" zu verteidigen, unterzeichnete Bernhard am 3. Oktober einen Vertrag, der seine Festen in ungarische Hände gab, worauf am 19. November

[1] Des Kaisers Bescheid auf die ungarischen Klagen, die wie früher durch die österr. Stände, so nun direkt durch die kaiserlichen Räte, welchen sie der König zugesandt, an ihn gelangt waren, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 240—243. Das Schriftstück gehört in den April—Mai 1479.

[2] F. M. Mayer im Archiv 55, 205.

[3] Bischof Gabriel kam etwa im August nach Rom. Epistol. ad pontifices 133—134. Vgl. auch Mon. Hung., Acta extera II.

[4] Epist. ad pontific. 133—134. Der Brief gehört etwa in den August 1479.

Bischof Christoph betreffs vier seckauischer Schlösser ein gleiches versprach.[1] Der König hatte schon vordem den Kaiser ermahnt, von seinem Vorhaben, Erzbischof Bernhard zu verdrängen, abzustehen: so wie er Bernhard mit dem Versprechen, ihm zu helfen, von der Abdankung abgehalten habe, so fühle er sich verpflichtet, jetzt für ihn einzutreten, falls der Erzbischof durch seine Weigerung in Gefahr gerate.[2] Der Papst bat und mahnte den Kaiser durch seinen neuen Nuntius, den Weg der That zu verlassen. Alles umsonst![3]

Aber trotzdem und obwohl König Matthias damals mit den Eidgenossen abschloß[4] und in den nächsten Wochen der christlichen Welt einen glänzenden Sieg melden konnte, den die Seinen in Siebenbürgen über türkische Streifscharen errungen hatten, so blieb der gefürchtete Zusammenstoß zwischen dem Kaiser und dem König noch vermieden. Die Bitten des Papstes, der beiden Fürsten gegenüber durch den Konflikt in die ärgste Zwangslage geraten wäre,[5] des Königs gespanntes Verhältnis zu Venedig, und daß nach dem Frieden der Venetianer die Türkengefahr für Ungarn, wie die wütenden Anfälle auf dessen Grenzgebiete bewiesen, außerordentlich gewachsen war, bewogen König Matthias,[6] den Wünschen seiner Gemahlin Beatrix zu entsprechen und den aus Rom heimgekehrten Cardinal von Erlau wegen einer Verständigung zu dem Kaiser zu schicken.[7] Mochte auch der König im Geheimen in Rom versichern, er sei überzeugt und die Thatsachen bewiesen es, daß wie die Venetianer so auch der Kaiser sich mit den Türken verständigt und sie ihm auf den Hals gehetzt hätte:[8] vor der Welt ging er nun daran, gemeinsam mit Friedrich auf dem Nürnberger Reichstage endlich einen Zug mit ganzer Macht gegen die Türken zuwege zu bringen.

Während nämlich der Konvent der süddeutschen zunächst von der

---

[1] E. M. Mayer im Archiv 55, 205—206, wo auch die Druckorte der Verschreib. genannt sind.

[2] Schreiben vom 8. Oktober 1879. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 244—246.

[3] Vgl. oben. Sendung vom September 1479.

[4] Segesser, Bezieh. 30—31 und Beil. IX. Vgl. Mon. Habsb. I. 3, 167.

[5] Vgl. die Werbungen des Nuntius und Epist. ad pontific, 133 ff., 135 ff.

[6] Vielleicht wirkte doch auch hier die Meldung von der Schlacht bei Guinegate zurück. Übrigens war Matthias damals ziemlich isoliert, da er den neapolitanischen Bündner wie den verbündeten Papst zu verlieren im Begriffe stand, der Vertrag mit den Eidgenossen (Sept. 1479) nichts bedeutete und seine Beziehungen zu Böhmen und Polen zu neu waren.

[7] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 329. Beglaubigung des Kardinals durch die Königin Beatrix vom 25. September.

[8] Epistol. ad pontific. 135—137. Brief vom 22. Oktober.

Türkengefahr bedrohten Fürsten, den der Kaiser im März 1479 nach Freising ausgeschrieben hatte,[1] beriet, hatte der Kaiser auf den 7. Juni 1479 auch einen Reichstag nach Nürnberg angesagt, zu dem er womöglich in Person zu kommen versprach.[2] Aber zum angegebenen Termin — es war die Zeit des Konfliktes mit Rom und Ungarn — war weder der Kaiser noch sein Anwalt da; die wenigen Reichsboten, die erschienen waren, reisten wieder ab. Daß aber, trotzdem dann für Kaiser und Papst sich die Kardinäle Heßler und Anxias im August 1479[3] in Nürnberg einfanden, der Beginn der Beratungen noch bis in den Oktober auf sich warten ließ, bewirkten wie die östlichen, so in gewisser Hinsicht auch die westlichen Dinge.

Erzherzog Maximilian hatte trotz des offiziellen Stillstandes mit Ludwig XI. im Winter 1478—1479 mit dem von Frankreich unterstützten Geldern, mit dem kleinen Grenzkriege in Artois und sonst genug zu thun gehabt.[4] Trotzdem stand er bereits vor Ausgang der Waffenruhe (24. Juni 1479) an der Spitze eines stattlichen Heeres unmittelbar an der Grenzlinie des von den Franzosen besetzten Gebietes von St. Omer. Er befehligte nicht weniger als 27000 Mann. Seine Reiterei stand freilich der französischen an Zahl und Tüchtigkeit bedeutend nach und sein Fußvolk bildeten größtenteils ungeübte Milizen. Aber ihre opferwillige Hingabe an die gemeinsame Sache des Vaterlandes vermochte die mangelnde Kriegserfahrung hinlänglich zu ersetzen. Um den Herzog befand sich, was nach den mörderischen Schweizerschlachten von dem glänzenden burgundischen Adel noch übrig war; neben der erlesenen Schar flämischer und und wallonischer Kriegsmänner und Feldhauptleute sah man eine Anzahl trefflicher Anführer deutscher und spanischer Abstammung. Doch war es vor allem das Verdienst des Erzherzoges, daß der burgundische Kriegsrat den kühnen Entschuß faßte, dem Feinde entgegenzugehen und die Schlacht anzunehmen, als während der vergeblichen Belagerung des festen Therouenne das französische Hauptheer kampfbereit nahte. So kam es am 7. August 1479 zu der großen Schlacht bei Guinegate, die trotz der anfänglichen Niederlage der beiden burgundischen Flügel, Reiterei gegen Reiterei, mit einem glänzenden

[1] Vgl. Müller, Reichstagstheatrum II. 726—729.

[2] Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 382—383, Nr. 544, 545.

[3] In ihrem Ausschreiben vom 15. September sagen sie, daß sie „viel Tag allda (in Nürnberg) sein gelegen". Müller, Reichstagsth. II. 731. Zu Anxias gesellte sich der Erzbischof der Kraina. Janssen a. a. O. 385.

[4] Diese Dinge erzählt er selbst seinem Vater in dem Schreiben vom 8. Juni 1479 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 176—179.

Siege Maximilians endigte. Wieder war es der Erzherzog selbst, der sich als Oberbefehlshaber mit den ersten Männern seines Heeres im Centrum in die wankenden Reihen seines Fußvolkes stellte und nach gewaltigem Ringen mit der mutig anstürmenden, freilich numerisch schwächeren gegnerischen Infanterie diese über den Haufen warf. Als die siegreichen Reiterscharen der Franzosen von der Verfolgung der Burgunder zurückkehrten, war der Tag bereits verloren; nach schweren Verlusten mußten auch sie sich der allgemeinen Flucht anschließen.[1] Leider war es dem Erzherzog nicht beschieden, den gewonnenen Sieg allseitig auszunützen. Nicht nur, daß dazu dem zwanzigjährigen Fürsten als Heerführer die nötige Umsicht und Ausdauer fehlte:[2] wesentlicher war, daß auch sein Heer große Verluste erlitten hatte, daß er gezwungen war, die flandrischen Milizen nach Ablauf ihrer Dienstzeit nach Hause zu entlassen, und daß das Geld fehlte, die geschwächten Reihen durch neue Werbungen ausgiebig zu ergänzen.

Immerhin zog Maximilian aus Geldern, wo sich die Sachlage zu seinen Gunsten gebessert hatte,[3] und aus dem Luxemburgischen, trotzdem es Karl von Amboise von der Grafschaft Burgund her bedrohte, Verstärkungen an sich, und gelang es, das Geld für die Anwerbung nicht bloß von Flämen und Brabantern, sondern auch von Pikarden, Deutschen und Engländern zusammenzubringen. So zog er im Oktober 1479, als die Meldung kam, König Ludwig habe auch aus Hochburgund und der Champagne alle seine Streitkräfte herabgefordet, um ihn zu bestreiten, mit bedeutender Macht neuerdings ins Feld.[4] Die Nachricht erwies sich jedoch als irrig und es kam zu dieser Jahreszeit zu nichts bedeutendem mehr. Die Eroberung von Hochburgund zu unternehmen, konnte aber Maximilian um so weniger wagen, als eben (September) ein völliger Umschwung

[1] Die Vorgänge zu Beginn des Feldzuges, vor und in der Schlacht nach H. Klaje, (Die Schlacht bei Guinegate vom 7. August 1479, Greifswald 1890, bes. 37—72), der die vielfach irrigen Darstellungen Rodts (II. 518 ff.), Schels, Des Erzherzogs Maximilian Feldzug gegen Frankreich, Österr. militär. Zeitschrift VII. Jahrg. 1839, Münchs (ist wesentlich Wiedergabe von Molinet) und Kervyns de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 268 ff. berichtigt. Bei Klaje auch die Quellen, doch ist der freilich falsch datierte Bericht bei Kraus 38—39 (besonders über die Rüstungen nach der Schlacht) nicht beachtet.

[2] Es hat hier Molinet 217 Recht gegen Kervyn de Lettenhove und auch Klaje 72, wie Kraus 38—39 beweist.

[3] Am 14. September 1478 schreibt der Erzherzog, daß er das Land Geldern nun ganz habe. Kraus 36. Es waren dann neue Störungen eingetreten. Vgl. ebendort 38, Brief vom 26. Sept. 1479.

[4] Brief vom 26. September 1479.

in der eidgenössischen Politik eingetreten war und sie sich wie dort im Osten mit dem Feinde des Kaisers, dem König von Ungarn, so hier mit König Ludwig von Frankreich, dem Hauptfeinde Maximilians, verbündet hatten. Da nämlich Burgund die bedungenen Zahlungen nicht hatte leisten können, überwiesen die geldgierigen Schweizer (9. Sept.) ihre Ansprüche auf die Freigrafschaft dem Franzosenkönige und sicherten ihm die einst in Aussicht gestellte Waffenhilfe mit 6000 Mann zu, wofür er die Zahlung von 150000 Gulden auf sich nahm.[1] Der Abmahnung des Kaisers von solchem Schritte[2] stellten die Schweizer bei Maximilian den drohenden Hinweis auf ihre Verpflichtung gegen den Franzosenkönig entgegen.

So war es gekommen, daß der Erzherzog, obwohl der Nürnberger Reichstag auch des burgundisch-französischen Krieges wegen berufen war, denselben nicht einmal beschicken konnte.[3] Seine Vollmacht führte Kardinal Heßler. Auch sonst war der Besuch des Tages, für den die Kardinäle nochmals eine besondere Aufforderung erlassen hatten,[4] gering.[5] In gar keinem Falle stand die Zahl der Anwesenden in richtigem Verhältnisse zu den weittragenden Beschlüssen, die der Reichstag fassen sollte „zuerst der Türken halben, um ihnen zu widerstehen", „zum andern unserem heil. Vater, dem Papst, und der römischen Kirche Hilfe zu leisten", „zum dritten des Königs von Frankreich Fürnehmen gegen deutsche Nation zu widerstehen".[6] Speziell den Türkenkrieg betreffend, begründete Kardinal Heßler die Forderung des Kaisers, der in Person nicht kommen könne, da die Türken, nahe der Grenze Krains an der Kulpa gelagert, mit neuem Einbruche drohten, daß 6000—7000 Mann an die Grenze von Krain und Kroatien gelegt würden, um die Gebirgspässe[7] zu hüten und die Einzüge der Raubscharen zu wehren; der Kaiser wolle dazu 2000 Mann stellen.

---

[1] E. von Rodt, Feldzüge II. 541—542. R. Maag, Die Freigrafschaft Burgund seit 1477 u. s. w., 32, 35, 36.

[2] Vgl. Ph. Segesser, Eidgen. Abschiede III. 164, 165.

[3] Vgl. sein Schreiben an seinen Vater vom 8. Juni 1479 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 176 ff.

[4] Am 15. September. Müller, Reichstagsth. II. 731.

[5] Vgl. außer Müller noch Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 384, Nr. 559. Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 54. Becker, Die Anteilnahme der Reichsstädte 59, 77 (ohne Belang).

[6] Die Instruktion der kaiserlichen Räte bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 112 bis 114. Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 55, sieht darin irrig die Instruktion der burgundischen Räte für den nachfolgenden Nürnberger Tag. Vergleiche Janssen. Frankfurter Reichskorr. II. 383, Nr. 549 (aus der Antwort der Fürsten).

[7] Es war also vor allem an Krain gedacht.

In der Sache seines Sohnes hatte sich Friedrich schon lange zuvor an einzelne Reichsfürsten besonders gewendet.[1] Aber weder in der einen noch in der anderen Hinsicht war vom Reichstage etwas zu erreichen. Kurfürsten und Fürstenräte beriefen sich auf ihre geringe Anzahl, derentwegen sie „die Größe der Sachen" angesehen „keinen Anschlag dermaßen thun oder vurnehmen mögen"; man könne da Ersprießliches nur erzielen, wenn der Kaiser die Stände des Reiches auf einen neuen Reichstag vollzählig erfordere und dem Tage persönlich anwohne; sie wollten dies dem Kaiser durch eine besondere Gesandtschaft vortragen lassen. Noch weniger wollte der Reichstag von einer Hilfeleistung für den Papst etwas wissen; wenn aber der Kaiser zum Zwecke einer Vermittelung den Papst „und seine Widerwärtigen" besenden wolle, so sei man, falls auch die anderen Fürsten vom Kaiser dazu erfordert würden, bereit, mitzuschicken.[2] Die Boten der Reichsstädte kamen gar zu solchen Beschlüssen erst, nachdem sie die Forderungen des Kaisers und die Antwort der Fürsten hinter sich gebracht und darüber beraten hatten.[3] Für den neuen Reichstag war, scheint es, gleich im Oktober Nürnberg in Aussicht genommen worden.[4]

Mit Eifer ging Graf Haug von Werdenberg, der an Stelle des nach Rom ziehenden Kardinals Heßler als kaiserlicher Anwalt ins Reich geschickt war und mehrere Fürstenhöfe in Person besuchte, daran, eine zahlreiche Beteiligung der neuen Reichstagsverhandlungen zu bewirken.[5] Auch die Botschaft des Königs von Ungarn, der Bischof von Siebenbürgen und Graf Sigmund von St. Georgen, sandte den Reichsständen Aufforderungen ähnlichen Inhalts.[6] Trotzdem fanden sich auch im Dezember nur die Gesandten der Kurfürsten von der Pfalz, Brandenburg und Sachsen mit einer kleinen Anzahl von Fürstenräten und den Ratsboten

[1] Vgl. die Bewerbung bei Brandenburg in den Fontes rerum Austr. XLVI. 450—451, Nr. 438. Die Instruktion für die Vertreter Maximilians bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 114—116. Sie verlangt eine Waffenhilfe seitens der westlichen Reichsstände.

[2] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 116—118. Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 383—385, Nr. 549. Antwort vom 14. Oktober.

[3] Janssen, Frankf. Reichsk. II. 385—386, Nr. 550 und Beilage. Müller, Reichstagsth. II. 736.

[4] So sagte am 26. Nov. wenigstens Graf Haug von Werdenberg. Janssen Frankf. Reichskorr. II. 386, Nr. 551. Die Angabe aus Salzburg, Archiv f. österr. Geschichte. 56, 389, scheint also irrig zu sein.

[5] Über ihn s. noch Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 54—55.

[6] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 386, Nr. 551.

von sechs Reichsstädten in Nürnberg ein.[1] Da mochte nun Graf Haug immerhin darlegen, „wie kläglich und erbärmlich das heilige, römische Reich, das christenliche Volk, der kaiserlichen Majestät Erblande und andere Fürstentümer und Länder durch den grausamlichen türkischen Kaiser etliche Jahre bedrückt worden und noch täglich angefochten und bedrängt werden", es mochte der Bischof von Siebenbürgen, zurückgreifend bis zum Ursprung des Osmanenreiches, die furchtbare Bedrohung der Christenheit in beweglichen Worten darthun:[2] eine Bewilligung zu erreichen war diesmal sowenig möglich als zuvor, einerlei, ob man sie für den Türkenkrieg oder gegen Frankreich wünschte, dessen Bekriegung Graf Haug forderte. Die Stände wiesen einfach in ihrer Antwort (schon am 17. Dezember) darauf hin, daß man dieser Sachen wegen den Kaiser beschickt und darauf noch keinen Bescheid erlangt habe; ehe solches geschehen, könne man füglich keine neuen Beschlüsse fassen, „da nur eines dem anderen Verhinderung bringen möchte". Sie scheuten sich auch nicht, in Anbetracht ihrer geringen Anzahl eben wieder die Ausschreibung eines neuen Reichstages bis spätestens Mittfasten (12. März) 1480 nach Nürnberg zu beantragen, den der Kaiser persönlich besuchen sollte.[3] Ebenso thaten die Städteboten trotz des Unwillens des kaiserlichen Anwalts wieder wie vergangenen Oktober.

Es war nichts zu machen. Daß aber die Verhandlungen des Tages trotzdem am Schlusse noch ein gewisses Interesse gewannen, dafür sorgten die Ungarn. Gab sich Graf Haug, in den deutschen Dingen erfahren und gegen Mißerfolge abgehärtet, zufrieden, so waren dies die ungarischen Gesandten keineswegs. Sie folgten dabei offenbar einer besonderen Weisung ihres Königs. Umgeben von Notar und Zeugen verlangten sie in der Reichsversammlung, zu beschließen, daß der neue Reichstag spätestens bis Ende Januar 1480 stattfinde und daß jeder der Anwesenden sich wenigstens für sich zum Besuche des neuen Tages verpflichte; widrigenfalls würden sie in einem rechtkräftig beglaubigten Ausschreiben an alle Reichsglieder, dessen Entwurf sie vorlegten, vor aller Welt erklären, daß ihr Herr nie mehr einen Reichstag besuchen werde, sich jeder Verpflichtung gegen das Reich ledig zähle und „selbst nach seinem Vermögen ratschlagen werde, wie er seinen Dingen möchte vorstehen".[4] So sachlich berechtigt eine solche Forderung, aus welcher das

[1] Das Verzeichnis nach der Aufzeichnung im Frankf. Archive bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 387, Nr. 452.

[2] Vgl. Müller, Reichstagsth. II. 733—736. [3] Janssen, F. R. II. 394.

[4] Janssen a. a. O. 391—392. Müller, Reichstagsth. II. 736.

Selbstgefühl des Ungarkönigs hervorleuchtet, war, so leicht hatten es die Stände, zu erwidern, daß sie keine Vollmacht besäßen, ihre Herren in solcher Weise zu verpflichten. Auch der kaiserliche Anwalt, für den die Sache ohnehin ihr Beschämendes hatte, konnte nicht umhin, den Ungarn zu bedeuten, daß ihr Vorgehen ein ganz ungewöhnliches, ihre Forderung nicht wohl zu erfüllen sei.[1]

Eine weitere Folge hatte der Vorfall vorerst nicht. Die Schwankungen in der ungarischen Politik dauerten vom Spätjahre 1479 in das Jahr 1480 hinein.

Während des ungarischen Königs Verhandlung mit den Eidgenossen[2] wie mit Frankreich zu keinen wesentlichen Abmachungen führte, konnte er merken, wie der Papst sich dem Kaiser und seinem Sohne allenthalben willfährig zeigte.[3] Unterhandelte Ferdinand von Neapel im Geheimen vor der Kurie mit Florenz, so sah Matthias sich im Spätjahre 1479 veranlaßt, in Mailand beruhigende Erklärungen über seine Absichten zu geben und ein gegnerisches Einverständnis mit dem Papste sowie mit Neapel in Abrede zu stellen.[4] Venedig endlich, solange im Türkenkriege an der Seite Ungarns, hatte nicht nur seinen Frieden gemacht, sondern allmählich eine feindliche Haltung angenommen. Freilich trug die Schuld daran der König, der nicht aufhörte, die Venetianer in der Türkenfrage zu verdächtigen und sie auch direkt zu schädigen.[5] Die Republik, welche im Juli 1479 endlich ihren Orator vom ungarischen Hofe abberufen hatte,[6] versah sich unlange darauf geradezu feindseliger Absichten des Königs und gab ihren Kommandierenden die nötigen Befehle.[7] Kein Wunder, daß die Signorie, als der König wie am kaiserlichen Hofe so auch bei ihr um die Erlaubnis ansuchte, seine zur Abwehr der türkischen Raubscharen an den südlichen Grenzen liegenden Truppen durch ihre Gebiete dirigieren oder doch von da aus mit Lebensmitteln versehen zu dürfen, dies entschieden versagte, da ihr Gebiet in jenen Strichen unfruchtbar und nicht einmal im Stande sei, die eigene Bevölkerung zu ernähren.[8]

---

[1] Lehmann, Speierische Chronik 906—907. Janssen a. a. O. 392—393.

[2] Vgl. Segesser, Beziehungen u. s. w. 25 ff.

[3] Epistol. ad. pontific. 128—129, Nr. CIII. beweist, wie Sixtus IV. dabei auch sein Verhältnis zu dem Könige zu wahren suchte.

[4] Acta extera II. 396—397.

[5] Besonders im Streite um Veglia. Vgl. Acta extra extera II. 406—417.

[6] Acta extera II. 389—390.

[7] Ebendort 397—398, Vgl. Epist. ad pontif. 135, Nr. CVIII.

[8] Acta extera II. 398—404; vgl. 404—405, Nr. 270 und 271. Die Bitte

Der Kaiser, der in den Ungarn einen Ersatz für die verweigerte Reichshilfe sehen mochte und damals offenbar von den Abmachungen zwischen Ungarn und Salzburg-Freising noch nichts wußte, gab arglos seine Zustimmung. Es mochte ihm vielleicht gar erwünscht sein, daß die ungarischen Besatzungen sich vor allem in salzburgischen (Leibnitz, Pettau u. a.) und seckauischen Plätzen niederließen.[1] Auch hatte es der König dabei zunächst, freilich nicht ohne Hintergedanken, offenbar wirklich auf die Türken abgesehen.

So wahnwitzig war er doch nicht, angesichts der Türkengefahr und in seiner Isolierung mit den beiden Nachbarn, Venedig und dem Kaiser, anbinden zu wollen. Seine Entrüstung über die Weigerung der Venetianer scheint ungeheuchelt. Und nochmals suchte er sich auch mit dem Kaiser über alle schwebenden Fragen, auch über die Salzburger, zu verständigen. Denn auch unter den ungarischen Baronen fanden sich manche, welche mit der Privation des Graners nicht einverstanden waren.[2]

Kaiser Friedrich war zu einer Verständigung gern bereit. Er habe, erklärte er dem Propste von Preßburg, dem Bevollmächtigten des Königs,[3] bereits mit dem Erzbischof Johann, der sich dem Könige willfährig zeige, gesprochen, und wolle gern weiteren „Fleiß ankehren, damit sie gütlich mit einander vertragen würden". Ebenso zeigte er sich bereit, der Bitte des Königs zu willfahren und einen neuen Reichstag auszuschreiben und dem Könige rechtzeitig anzusagen, damit er ihn beschicken könne; der Reichstag werde etwa auf Pfingsten einberufen werden. Nur möchten die ungarischen Gesandten sich ähnlicher ungebräuchlicher Schritte und Begehren wie eben jetzt in Nürnberg enthalten. Die Gesandten sollten auch allein des Türkenzuges wegen gefertigt werden, dagegen „andere fremde Sachen, die mehr zu ihrer beider Unfreundschaft dienen, unterwegen lassen". Ebenso lehnte der Kaiser das Ersuchen des Königs, ihm für den Angriff auf Venedig den Durchzug durch österreichisches Gebiet zu

wurde erst durch den königlichen Gesandten, den Propst zu Preßburg, und dann noch besonders durch den Kardinal von Erlau in Venedig angebracht.

[1] Dies ergiebt sich daraus, das der Kaiser im Januar 1480 nicht etwa deren Räumung fordert, sondern sich bloß über die von dort aus verübten Schädigungen der Seinen beklagt. Chmel, Mon. Habsb. I. 3. 269—271; auch ebendort 294. Bezügl. des Datums s. Mayer im Archiv 55, 208, der auch sonst die Irrthümer früherer mehrfach berichtigt.

[2] So behauptet wenigstens der mailändische Gesandte in einem Schreiben vom 16. Oktober 1479 aus Venedig. Acta extera II. 392.

[3] Dessen Werbung scheint verloren, ist aber aus der Antwort des Kaisers im wesentlichen zu ersehen.

gestatten, ab und wurde das Begehren wiederholt, die in den Erblanden stehenden königlichen Truppen möchten die Unterthanen des Kaisers nicht beschweren.[1]

Die Verhandlungen dauerten fort. Die Kriegspläne gegen Venedig gab der König auf, wenn er auch nicht abließ, die verhaßten (mit jenen verbündeten) Frangipani zu schädigen und das venetianische Dalmatien zu bedrohen.[2] Der Propst von Preßburg teilte in neuer Sendung des Königs dem Kaiser auch mit, der König „wolle sich der Venediger enthalten und nichts feindliches gegen sie thun". Für die Zusage, einen Reichstag zu berufen, brachte der Propst den Dank seines Herrn; er fügte aber hinzu, das Reich möge ja eine Unterstützung beschließen, da sonst König Matthias, weil allzusehr von den Türken bedroht, seinen Frieden mit ihnen machen müßte. Nicht undeutlich ließ der Propst dabei merken, daß es die Überzeugung seines Herrn sei, die Sache hinge wesentlich von dem Kaiser ab; wenn er wolle, würden auch die deutschen Fürsten am Reichstage teilnehmen und Hilfe zusagen. In diesem Falle werde der König eine Truppenmacht, stärker als das deutsche Heer, gegen Belgrad dirigieren, um dort allen Einfällen der Türken zu steuern. Die Klagen des Kaisers über Übergriffe seiner in den Erblanden stehenden Truppen — es ist auch jetzt noch von keiner Abberufung derselben die Rede — ließ der König nicht gelten, da es den Seinen von seiten der kaiserlichen Unterthanen noch schlimmer ergehe.[3] Den Erzbischof von Gran und die Ausgleichung der übrigen Differenzen betreffend gab der König neuerdings seine Geneigtheit zur Verständigung zu erkennen.

Während er sich aber selbst mit einer allgemeinen Versicherung begnügte, stellte er schließlich die Forderung, der Kaiser möge 28 Lastschiffen die freie Fahrt auf der Donau durch Österreich mit der Ladung, die sie für ihn aus Deutschland brächten, gewähren; es sollten diese Kriegsvorräte nur gegen die Türken Verwendung finden.[4]

Der Kaiser, wenn auch durch des Königs Erbietungen gewiß nicht befriedigt, verhielt sich, scheint es, doch nicht entschieden ablehnend. Der Propst ging zum Könige zurück. Da änderte sich die Sachlage. Aus Inneröſterreich kam die Meldung, daß die Ungarn von den besetzten

[1] Der Bescheid des Kaisers, etwa aus dem Januar 1480, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 269—271.

[2] Acta extera II. 407—416.

[3] Über einen Einfall der Österreicher in Ungarn hat Müller, Reichstagstheatrum II. 750 eine Nachricht.

[4] Die neue Werbung des Königs (Ende Januar oder Anfang Februar 1480) bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 272—274.

bischöflichen Plätzen aus dem Kaiser „Städte und Schlösser belagerten und Land und Leute schädigten". Friedrich fing nun an, zu besorgen, daß der König seine Truppen in Innerösterreich belassen wolle.[1] Sein Unmut steigerte sich, als ihm jetzt seitens der jüngeren sächsischen Herzöge Briefe des Königs zukamen, in denen sich Matthias über die Nichtbezahlung der 1477 bedungenen Entschädigungssumme seitens des Kaisers beklagte und ihn sogar beschuldigte, seine Unterthanen, die das Geld gern zahlen wollten, unter Androhung der kaiserlichen Acht daran verhindert zu haben.[2] Als deshalb Propst Georg zum drittenmal (etwa Beginn März) „mit einem guten, freundlichen Schreiben vom König" am kaiserlichen Hofe erschien, so erhob der Kaiser wegen jener Schreiben bittere Beschwerde. In der That war ein Teil der 100000 Gulden bereits bezahlt und dauerte die Begleichung des Restes, wenn auch in kleinen Raten, fort. Der Kaiser ließ nun aber auch durch seine Räte ernstlich fordern, „daß der König sein Volk aus der kaiserl. Majestät Land führe und die Beschwerung abthue". Geschehe dies, so sei der Kaiser bereit, durch seine Räte weiter zu verhandeln; wenn nicht, so müsse er „Gott und das Recht bevornehmen und sich mit Rat und That seiner Freunde und Unterthanen des Königs Übelthaten und Unrechts aufhalten".[3]

Man stand wieder vor dem offenen Bruche. Auch der Propst von Preßburg erkannte das. Er bat um eine gnädigere Antwort, die ihm auch nach einigem Zögern zuteil ward. Der Kaiser erklärte sich unter Aufrechthaltung seiner Forderungen bedingungslos zu weiterer Beredung über alle vorliegenden Streitigkeiten bereit; am liebsten möge der König wieder den Propst dazu bestimmen, eventuell ihm andere Räte beiordnen.[4]

Das hinderte nicht, daß eine kaiserliche Gesandtschaft nach Venedig ging, um mitzuteilen, was der Kaiser jüngst für die Republik gethan habe: es sei leicht möglich, daß der König sich dafür an dem Kaiser zu rächen gedenke. Aber die Signorie wollte nichts verstehen. Unter den eifrigsten Dankesbezeugungen für die gute Gesinnung des Kaisers ließ sie erklären, daß sie mit dem König von Ungarn guten Frieden zu haben vermeine. Doch versprach sie gelegentlich der schwebenden Verhand-

[1] Vgl. die Darstellung, die der Kaiser dem Könige von Böhmen gab. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 294.

[2] Schreiben vom 9. Januar 1480 bei Müller, Reichstagsth. II. 748—749.

[3] Bescheid vom 14. März 1480 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 268—269.

[4] Neuer Bescheid vom 20. März in Mon. Habsb. I. 3, 269—270.

lungen mit dem König in den kroatischen Angelegenheiten darauf zu achten, wie man auch dem Kaiser genehm und nützlich werden könne. Die auch bei diesem Anlasse geforderte Herausgabe zweier, einst Triestiner Plätze, wurde kurzweg abgeschlagen.[1] Daneben beantwortete und widerlegte der Kaiser den lügenhaften Brief des Ungarkönigs ins Reich in einem Ausschreiben an alle deutschen Reichsstände. Abschriften des Gelöbnisses, das Matthias einst als böhmischer Kurfürst dem Kaiser geleistet, sollten zeigen, wie sehr das Verhalten des Königs mit seiner Pflicht im Widerspruch stünde.[2] Darauf schrieb wieder der Ungarkönig nicht bloß an die deutschen Fürsten und Stände, sondern auch an andere Mächte. Er suchte unter Mitteilung des Wortlautes des Korneuburger Vertrages, die 100000 Gulden betreffend, darzuthun, daß der Kaiser den Vertrag nicht erfüllt habe.[3]

Aber obwohl Matthias gleichzeitig seinen Hauptleuten den Befehl erteilt hatte, in Niederösterreich und Kärnthen vorzurücken, und in der That der Krieg rasch in Gang kam, begannen doch wieder Verhandlungen. Während nämlich die niederösterreichischen Stände bei dem Kaiser, und zu gleicher Zeit die Steierer und Kärnthner versammelt waren,[4] um nach ihrem Vermögen Bewilligungen zu thun, während die Hilfegesuche des Kaisers an die Kurfürsten unterwegs waren,[5] erschien (30. April) noch einmal ein Gesandter des Ungarkönigs bei Hofe: der König sei, namentlich angesichts der großen Kosten, die ihm der Krieg verursache, bereit, sich auszugleichen und habe ihn dazu bevollmächtigt. Aber die kaiserlichen Räte fanden bei näherer Prüfung, daß die Vollmacht ungenügend sei. Nun beantragte der Gesandte, den König von Frankreich zum Schiedsrichter zu wählen. Der Kaiser konnte darin kaum etwas anderes als bösen Hohn des Ungars erblicken: Ludwig XI. war seines Hauses gefährlicher Gegner seit Jahren. Doch erbot er sich dem Könige Matthias zu Recht vor Kurfürsten und Fürsten des Reiches,

[1] Acta extera II. 418—419.

[2] Das Schreiben an Albrecht von Sachsen vom 20. März 1480 bei Müller, Reichstagsth. II. 749 und Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 274—277. Schreiben vom 23. März an andere Reichsstände und eine Kopie des Eides ebendort 277—280.

[3] Das Schreiben an Albrecht von Sachsen vom 6. April bei Oefele, Script. rer. Boic. I. 319 und das an die Eidgenossensch. bei Segesser, Beziehungen u. s. w. 83—84. Beil. Nr. 15.

[4] Vgl. Müller, Reichstagsth. II. 750. Das Anbringen an die Kärnthner bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 393—397; an die Steierer ebendort I. 3, 380 ff.

[5] Müller a. a. O. 751. Das Anbringen bei Böhmen in den Mon. Habsb. I. 3. 292—295.

obwohl es gegen seine kaiserliche Würde sei; doch müsse der König zuvor die innerhalb der Erblande geschehenen Besetzungen aufheben und sein Kriegsvolk auf ungarischen Boden zurückführen, was wieder der Ungar ablehnte.[1] So schied er.

Und noch ein letzter Sühnversuch wurde unternommen. Herzog Georg der Reiche von Bayern-Landshut, der im Mai 1480 nach Wien gekommen war, um nach dem Tode seines Vaters Ludwig die Regalien zu empfangen, versuchte die Beziehungen, welche er aus dem Passauer Kirchenstreite her mit König Matthias besaß, zu benützen, um ihn mit dem Kaiser zu versöhnen. Aber obwohl er sich persönlich an das ungarische Hoflager nach Preßburg begab, die Königin Beatrix wie es heißt sich wieder um den Frieden bemühte und auch der Papst es nach wie vor an Friedensmahnungen nicht fehlen ließ,[2] so blieben doch Georgs Bemühungen fruchtlos. Freilich stand der Landshuter Herzog in der Salzburger wie in der Passauer Frage in der Reihe der Gegner des Kaisers; er war schwerlich ein geeigneter Vermittler.

Kaiser Friedrich hatte in seinem Ausschreiben an die deutschen Stände (März 1480) zugleich um thätige Unterstützung gegen den in die Erblande einbrechenden Feind ersucht[3] und namentlich den Reichsstädten bei seiner Ungnade und den schwersten Strafen befohlen, bis Pfingsten (21. Mai) mit den Ihren zu Roß und zu Fuß bei Linz im Felde zu sein.[4] Aber der Erfolg war beinahe Null. Gerade die mächtigsten Reichsstände blieben gleichgültig oder scheuten, wie die Herzöge von Sachsen[5] und Bayern oder die Markgrafen, den Zorn des Ungarkönigs. Von Seiten der Reichsstädte erschienen nur etwa 300 Schützen, die Kontingente von Ulm, Augsburg und Nördlingen, in Österreich. Sie traten vereint mit den Österreichern den Ungarn, welche nach der Besetzung von Friesach, Gmünd, Sachsenburg und anderer salzburgischer

[1] Müller, Reichstagsth. II. 751 nach Papieren des Weim. Arch. Man vgl. auch die Akten vom Nürnb. Reichst. 1480 im Würzb. Kreisarch. fol. 20ᵃ.

[2] Über diesen Vermittelungsversuch s. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 143 und 723. Deutsche Städtechroniken X. 362. Unrest 650. Würzburger Reichstagsakten von 1480 (ist das Tagebuch der Gesandten des Bischofs Rudolf [von Scherenberg], des Dompropstes Kilian von Bibra und des Ritters Konrad von Hutten), fol. 6ᵇ. Vgl. Freiberg, Sammlung hist. Schriften und Urkunden I. 158. F. M. Mayer im Archiv 55, 211 und Anm.

[3] Schreiben an Albrecht von Sachsen a. a. O. und im Weim. Arch.

[4] Das Ausschreiben am die Ulmer v. 24. März 1480 bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 395, Nr. 559.

[5] Vgl. das Schreiben Herz. Albrechts von Sachsen an den Kaiser v. 11. Mai im Wiener Archiv.